

# Dresdner Volkszeitung

Poltschekonto: Dresden, Raben & Comp., Nr. 1293.

## Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden und Sächs. Staatsbank.

Diese Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Meßdorf und Dresden-Altsch.

Abzugspreis einschließlich Bringerlohn in der 40. Woche vom 10. November bis 18. November 1923 180 Milliarden M., unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 40 Milliarden M. Einzelnummer 40 Milliarden M. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Druckerei: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reflamezeile 100 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 und 120 Pf. Familienanzeigen, Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefüberlegung 10 Pf.

Nr. 264

Dresden, Dienstag den 13. November 1923

34. Jahrg.

## Die Wirkung auf Europa

Die inneren Kämpfe, Zudränge und Krämpfe des deutschen Volkes haben unser Land zum Brandherd Europas gemacht. Was immer bei uns geschehen mag, ist unmittelbar von europäischen Folgen begleitet. Die Entente-mächte richten ihr Hauptinteresse auf Deutschland und verfolgen den Endkampf zwischen Demokratie und Rechtsdiktatur wie ihre eigene Angelegenheit. Die Eingriffe der Entente-mächte häufen sich. Der Minister und der Münchner Rat brachten den französischen Volkshatler auf die Beine, der im Namen Poincarés erklärte, eine Rechtsdiktatur, die sich auf eine militärische Machorgantisation stütze, würde Frankreichs Eingreifen zur Folge haben. Frankreich sehe in der demokratischen Republik die einzig geeignete Form, in der sich Deutschland in die Friedensbestrebungen der Weltmächte einlasse. Man kann von der Heuchelei Poincarés als „Schüler der deutschen Demokratie“ absehen, Tatsache bleibt, daß Frankreich von einer Diktatur der Deutschnationalen alles, einschließlich der Kriegserklärung zu fürchten hat. Das Wesen der nationalität-militaristischen Rechtsdiktatur ist ja nichts anderes als Niederhaltung und Ausbeutung des eigenen Volkes zum Zweck der Kriegsführung und Eroberung nach außen. Das erklären nicht nur Herzog und Ostary, sondern das soll auch die getroffene Folge der Rechtsdiktatur in Bayern sein.

Der Bruch mit Frankreich ist also das erste automatisch eintretende Ergebnis eines Sieges der Rechtsdiktatur. Deutschnationaler Kriegsführung das zweite. Was das alles für uns im Innern bedeuten würde, kann sich die falsche Propaganda nicht annähernd genau vorstellen. Selbstverleumdung wäre noch das mildeste, was man annehmen könnte. Deshalb gilt es jetzt, alle Kräfte des Volkes zur Abwehr der Rechtsdiktatur mobil zu machen.

Diese Rechtsdiktatur ist nicht etwa durch den „Sieg“ über den Hitler-Ludendorfschen Vorkriegsputsch ungefährlicher geworden — im Gegenteil! Die Gefahr des Erfolges der militärisch-reaktionären Gewaltdiktatur wächst von Stunde zu Stunde. Im Süden rafft Herr Raab alle Kräfte zusammen, um sie planmäßiger und geschickter gegen „den Bolschewismus“ zu führen, als das der „militärische“ Schmierensoldat Hitler je konnte. Unter „Bolschewismus“ versteht Herr Raab jedoch die deutsche Republik, die Demokratie, die Berliner Regierung. Seine gefährliche Macht will er zur Forderung des Todesurteils gegen die Ergründung des November 1918 verwenden. Zugleich arbeiten die Deutschnationalen in Berlin mit ihm Hand in Hand. Sie sind jetzt so weit, daß sie die Kaiserinwitwe als Reichspräsidentin der Deutschen Volkspartei für ein Partikular mit ihnen gewonnen haben. Es wird nur der geeignete Anlaß zur Vereinerung Stresemanns gesucht und erwartet. Dieser Augenblick ist nahe, denn das Kabinett Stresemann vertritt an seiner Unfähigkeit, gegen die Reaktion irgendwas zu unternehmen. Herr Stresemann macht der Reaktion eine Konzession nach der andern. Jetzt hat er den halbdeutschnationalen Dr. Jarres zum Innenminister gemacht, der nur darauf lauert, den Bruch mit Frankreich zu vollziehen und den bewaffneten Konflikt zu provozieren. In diesem Zweck wird Herr Jarres auch die Diktatur über das schaffende Volk energisch in die Hand nehmen. Sein Meister Stresemann wünscht das sogar. Herr Stresemann hat am Sonntag in Halle eine Rede gehalten, in der er vor den deutschnationalen Reaktionären geradezu Kostau macht. Davin warnte er sich vorweilte gegen den Vortwurf, nicht arbeiter- und sozialistenfeindlich genug zu sein. Er fragte, was eine nationale Diktatur noch mehr leisten könne an Unterdrückung und Anbeugung der Arbeiterkraft und an arbeiterfeindlicher Sozialpolitik als die bisherige Regierung. Mit Recht verweist er sich auf die Verhängung des militärischen Ausnahmezustandes, auf den militärischen Einmarsch in Sachsen und Thüringen, auf das Ermordungsgesetz, auf den Abbau der sozialen Einrichtungen, auf die Ernennung des Grafen Ramm als Reichsernährungsminister, auf das rigorose Vorgehen gegen die Berliner Druckdrucker und ähnliche gegen die Arbeiterbewegung gerichtete Handlungen mehr. Ausdrücklich sagte er, daß er mit der Rundgebung Raabs gegen den Bolschewismus übereinstimme, daß er die Sozialdemokraten in der Regierung lediglich als Mittel für seine Zwecke benutzt habe, darum bedauere er das Scheitern der großen Koalition. Wenn man sich der Reaktion n o ch mehr profitieren, als es hier Herr Stresemann tut? Er bereitet dem kommenden Militärdiktator den Weg, er macht ihm den Thron zurecht, er regiert bereits so, wie ein deutschnationales Militärdirektorium beginnen würde.

Der Reichstag ist so ziemlich ausgeschaltet. Er findet nicht die Kraft, sich in den Mittelpunkt der Macht zu setzen. Er soll vielleicht noch einmal tagen, aber schon meiden die reaktionären Blätter, daß dabei auch der neue Reichsgewaltinhaber General v. Seeckt mitzubestimmen habe. Das bedeutet die Gefahr, in die Hand des Generals v. Seeckt die ganze Militärdiktatur und die vorgeschobene Gewalt gelegt zu haben. Seeckt ist — bezeichnenderweise — ein Junker. Wenn ihn Reichspräsident Ebert als „republikanisch-zuverlässig“ hält, so muß man an den Fall Bostow denken. Der war auch zuverlässig, so lange ihm nicht die Macht in die Hand gegeben wurde. Die Deutschnationalen spezifizieren ganz folgerichtig auf Seeckt. Haben sie erst Stresemann befehtigt den Reichstag ausgeschaltet, so würde ein Militärdirektorium den Reichstag zum General v. Seeckt eilen und durch ihn alle Mittel der Republik für ihre Zwecke brauchen wollen.

Was sich dann abspielen würde, weiß man heute noch nicht, aber Vorgänge in der Geschichte geben Fingerzeige.

Die Schuld der bürgerlichen Parteien, die dies Treiben der Deutschnationalen und der Deserabos in der Deutschen Volkspartei huldern, wird immer unabweisbarer. Demokraten und Zentrum sehen deutlich, daß es nur noch einen Weg zur Verhinderung der Rechtsdiktatur gibt: Aufnahme des Kampfes gegen die Reaktion. Wer zu dieser Kraftleistung sich nicht mehr fähig, jetzt nicht mehr. Die Regierung Stresemann ist bereits zur Rechtsregierung geworden. Dem düstigen Pakt seiner reaktionären Maßnahmen hätte er ansagen können, daß sein Kabinett auch die Kontrolle der Entente über die deutsche Entlohnung ablehne. Die Gründe sind verständlich, sicherlich. Aber es bleibt doch als Ergebnis dieser Ablehnung, daß die Bewaffnung der deutschen Reaktion nun von keiner Seite mehr kontrolliert werden kann. Daß als Objekt dieser Bewaffnung die Arbeiterklasse gelten wird, ist klar. Die Sozialdemokratie soll die Folgen jedes Schrittes der Stresemann-Regierung zu lasten bekommen. Die Entente hat zur Vertiefung der Entlohnungskontrolle noch nicht Stellung genommen. Vorauszusehen ist, daß sie die Auskultung der Ententekontrolle nicht hinnehmen wird. Repressalien sind zu erwarten. Ebenso steht ein Eingreifen wegen der Erlaubnis zur Rückkehr des ehemaligen Kronprinzen bevor. Alles, was die Regierung Stresemann treibt, bringt uns die Entente-mächte auf den Hals, weil es mit unheimlicher Konsequenz in der Richtung der Reaktionärdiktatur liegt. So ist Deutschland von seinen Machthabern und seinen nationalitätistischen Gewaltmenschen tatsächlich zum schwebenden europäischen Brandherd erniedrigt worden.

Rechtung zu bringen vermöchte nur noch die Arbeiterklasse. Ob dies vor der Explosion noch geschehen könnte, steht dahin. Sie hat sich auf die schwersten Kämpfe und die bedeutendsten geschichtlichen Entscheidungen vorzubereiten.

### Der Reichstag muß sprechen!

Der Sozialdemokratische Parlamentarier schreibt: Am Sonntag hat der Kongress der Deutschen Reichs in Halle vor einer weniger ansehnlichen Zuhörerschaft sich erneut seines Rufes zur Unpopulärkeit gerühmt. Er hat seit drei Monaten von diesem Ruf in Worten so viel zum Westen gegeben, daß er sich jetzt tatsächlich einbildet, ihn zu besiegen. In Wirklichkeit ist Stresemann immer wieder der von ihm mit Recht für einen verantwortungsvollen Politiker als notwendig bezeichneten Eigenschaft so oft aus dem Wege gegangen, als es zweckmäßig gewesen wäre, sie zu zeigen. Ein Blick nach Bayern beweist das am besten, und die Betrachtung seiner Sonntagrede liefert ebenfalls einen Anhaltspunkt dafür. In Bayern regieren nach wie vor Hochverräter, ohne daß Herr Stresemann gegen sie, ganz abgesehen von Taten, auch nur ein Wort der Beurteilung zu finden vermocht hätte. Die Angst vor Unpopulärkeit verbot ihm als Reichstagspräsident, der im gleichen Augen-

blick von Hut sprach, die Komödie im Bürgerhaus und ihre Teilnahme vor der Welt ins richtige Licht zu stellen, während er auf Drang nach Popularität im deutschen Viehhändlerum in Sachsen widerrechtlich eine verfassungsmäßige Regierung gewalttätig absetzte und später in Thüringen Reichswehr einmarschieren ließ, die seit Wochen in Bayern notwendig gewesen wäre. Nicht einmal den Mut zur Selbstverteidigung gegen die von den Deutschnationalen betriebene Gehe hat Stresemann am Sonntag aufgebracht. Seine Rede war „freibleibend“ in jeder Beziehung — inhaltlos wie Herr Stresemann.

Die Parteien der bürgerlichen Mitte, das Zentrum und die Demokraten, machen sich an dem endgültigen Verfall des Reichs und der Erledigung des Parlamentarismus in hohem Maße mitschuldig, wenn sie dem von Parteigeist diktierten Treiben der Volkspartei länger zusehen. Leider sehen auch sie in gewissem Sinne unter dem Banner der deutschnationalen Agitation, die in ihrer Wirkung immer noch überhäuft wird, obwohl sie nichts anderes ist als ein großzügig zu Papier gesetztes Maulheldentum, diktiert von den vor dem finanziellen Zusammenbruch stehenden recht-radikalen Geheimorganisationen. Denn jene Anhängerschaft im Lande, auf die sich die Deutschnationalen bei ihren Drohungen gegen den Staat immer wieder berufen, bilden nur die seit Monaten in Organisationen zusammengeschlossenen Abenteuerer. Sie sehen jetzt infolge des Mangels an Finanzen ihren Verfall schwinden und rebellieren! Nichts anderes als diese Rebellenspiegelung ist in der deutschnationalen Agitation wider. Infolgedessen kann die heuchlerische Propaganda der Rechten nicht mehr als Ausdruck der Stärke, sondern nur der Schwäche bewertet werden, genau wie die letzte Offensiv Ludendorfs im Jahre 1918 von den Gegnern nach allen Befehlen nur noch als Zeichen eines geschwächten Gegners und letzter Versuch zur Rettung betrachtet werden mußte.

Die Schwäche muß wieder zur Stärke werden, wenn das Zentrum und die Demokraten durch ihre Stillschweigen und die Deutschnationalen in den Regierungsrat setzen helfen. Dann leben die Geheimorganisationen mit Unterstützung sozialistischer Gelder, wie es bereits heute in Bayern ist, wieder auf und regieren unser Volk nach ähnlichem Muster wie in der bayerischen „Ordnungszelle“. Das System der Verheerung, der Vernichtung jedes Gemeinheitsgedankens, wird noch in weit stärkerem Maße um sich greifen als es bisher schon der Fall ist.

Wer es mit Staat und Volk ernst meint, kann und darf hierzu seine Hand nicht bücken, und deshalb sind wir der Auffassung, daß es auch die Pflicht des Zentrums und der Demokraten ist, gemeinsam mit der Sozialdemokratie jetzt endlich die notwendige Klarheit zu schaffen. Die notwendige Initiative wird der Vorstoß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am Dienstag durch einen Antrag auf Verberufung des Reichstages ergreifen. Es heißt dann für die Parteien der bürgerlichen Mitte im Reichstag Anschlag zu suchen, ehe es zu spät ist.

## Die bayerische Gummizelle

Wälfische Kundgebungen gegen Raab — Attentatsstimmung — Die Hochverräter Raab und Ehrhardt

München, 12. November. (Eigener Drahtbericht.) Die allgemeine Volksstimmung gegen Raab ist unverändert die gleiche. Allerdings zeigte sie sich am Montag noch außen hin nicht mehr mit derselben Heftigkeit wie am Sonntag, wo sie in den Abendstunden zwischen 5 und 7 Uhr einen schillernden Höhepunkt in zwei Demonstrationen erreichte. Den Kern des einen Juges bildeten etwa 500 forsbetragende Studenten, die ihren Weg von der Universität durch die Ludwigstraße ins Stadttornere nahmen und dessen sich Tausende von Passanten angeschlossen. Beide Demonstrationen, die sich in Riederstrafen gegen Raab und Hochrufen auf Hitler nicht genug tun konnten, wurden in der Nähe der Residenz von Polizei und Reichswehr auseinander getrieben, wobei einige Schreckschüsse fielen. Um 8 Uhr abends setzte die Säuberung der Straßen ein, die in kurzer Zeit vollkommen durchgeführt war. Für Dienstag, den Begründungstag der Toten vom Freitag, befürchtet man neue Ausschreitungen. Die in den letzten Tagen auf abends 8 Uhr festgesetzte Polizeistunde wurde ab Montag auf 10 Uhr verlängert.

Wie die Gefangenenahme Ollers, die jetzt amtlich bestätigt wird, auf die erregte Volksstimmung wirken wird, ist im Augenblick noch nicht zu beurteilen. Zweifellos werden seine fanatischen Parteianhänger, vor allem die bürgerlichen Studenten, ihre Agitation auf seine Freilassung einstellen. Daß die Radikalisierung der Studentenkraft erschreckend fortschreitet, davon zeugte eine neue Studentenversammlung, die am Montag mittags um 12 Uhr in der Universität abgehalten wurde. Die Stimmung war noch erregter wie am Sonntagabend. Man hörte sogar Rufe mit dem Wunsch, es möge sich einer finden, der Raab umbringe wie Sand den Raab. Die beiden Redatoren der Universität und der Technischen Hochschule sowie die als sehr nationalitätistisch bekannten Professoren Bauerbruch und Graf du Roullins versuchten vergeblich, auf die Studenten beruhigend zu wirken.

Als erster Redner sprach — Kapitän Ehrhardt, der erklärte, er stelle sich an die Spitze der nationalen Revolution und bitte die Vaterländischen Verbände, sich ihm anzuschließen. Hinter ihm stünden bereits außer seinen eigenen Organisationen der Bund „Oberland“ und die Kadetten. Die große Mehrheit der Versammelten schloß sich ihm an, worauf noch der be-

trügliche Schmalz, der sich in der Revolution vor fünf Jahren als wüster Unabhängiger gebürdete, eine Rede hielt. Hiernach zogen die Versammelten auf die Straße und verfassten einen Demonstrationzug zu bilden, der aber sofort durch Reichswehr auseinandergetrieben wurde. Durch eine Verfügung des Generalstaatskommissars wurde daraufhin

die Universität auf drei Tage geschlossen und Haftbefehl gegen Schmalz erlassen. Von Regierungsseite wird übrigens behauptet, daß Ehrhardts Ausführungen die Tendenz gehabt hätten, er stelle sich hinter Raab. Das ist freilich nicht ganz unrichtig; jedenfalls ist bis zur Stunde das Verhältnis zwischen Raab und Ehrhardt noch ungeklärt, und es ist auf Grund anderer Tatsachen wohl damit zu rechnen, daß Ehrhardt eine feste Stütze der Diktatur Raab wird.

Ein Abfall der Vaterländischen Vereinigung „Wälfchen“ (ehemalige Einwohnerwehren) von Raab hat noch nicht stattgefunden. Am Sonntagabend wurde unter den Mitgliedern eine Urabstimmung vorgenommen, mit der Frage: für oder gegen Raab. Wie sie ausgefallen ist, konnte man bis jetzt nicht zuverlässig erfahren; doch heißt es, daß sich eine Mehrheit für Raab ergeben hätte, und daß bereits einzelne Führer, die sich gegen Raab ausgesprochen haben, durch fortschreitende Elemente ersetzt worden seien. Vor dieser Abstimmung (in der Nacht zum Sonntag) richteten die Vaterländischen Verbände ein Schreiben an den Generalstaatskommissar, in dem zwei Forderungen, aber ohne ultimativen Charakter, enthalten sind: 1. Entlassung und Amnestierung der verhafteten Führer; 2. Aufhebung des Verbotes der wälfischen Parteibewegung. Eine Entschädigung über diese Forderungen ist noch nicht getroffen und wird voraussichtlich so schnell auch noch nicht fallen. Die Tatsache, daß sich wider Erwarten

auch auf dem Lande eine starke Stimmung gegen Raab herausgebildet, macht die Haltung der Vaterländischen Volkspartei noch schwieriger. Die Fraktion der Partei tagt beinahe in Bernau, ohne bisher irgendwelche Entscheidungen getroffen zu haben. Einmütigkeit besteht über die Notwendigkeit der Wiederherstellung der Staatsautorität und vor allem der Autorität der Regierung. Das bedingt unter anderem eine Stellungnahme gegen Raab, der seine isolierte Diktaturposition jetzt vollkommen auf